

Stinkefinger für Deutschland:

## **Wie lange wollen wir uns das alles noch bieten lassen?**

**»Strafwürdiger  
als Hochverrat!«**

**»Es kann nicht  
angehen, daß wegen  
Vorbereitung eines  
hochverräterischen  
Unternehmens  
bestraft wird, wer  
die Staatsform der  
BRD abändern will,  
während der, der das  
deutsche Staatsvolk  
in der Bundesrepublik  
Deutschland  
abschaffen und durch  
eine multikulturelle  
Gesellschaft  
ersetzen und auf  
deutschem Boden  
einen Vielvölkerstaat  
etablieren will,  
straffrei bleibt.**

**Das eine ist  
korrigierbar, das  
andere nicht  
und daher viel  
verwerflicher und  
strafwürdiger.**

**Diese Rechtslage  
wird auch der  
Generalbundesanwalt  
nicht auf Dauer  
ignorieren können.»**

*Der Staatsrechtler und ehemalige  
Berliner Staatssekretär  
Dr. Otto Uhlitz in »Aspekte der  
Souveränität«, Kiel 1987*



### **Ausweisen und abschieben?**

Schön wär's, Herr Beckstein!

Vollmundig und wahlwerbewirksam forderten der bayerische Ministerpräsident und andere Wahlkampfchauspieler die Abschiebung der Münchner U-Bahn-Schläger nach deren Verurteilung.

Die aber feixten sich einen bei ihrem Abtransport und zeigten der deutschen Justiz und ihren Gastgeber den Stinkefinger.

Sie wissen sehr gut, daß ihnen die »All-inclusive«-Pension in einer gut gepflegten deutschen Haftanstalt garantiert ist, weil die

so tönenden Politiker zu ihrem Schutz und zum Schaden des deutschen Volkes Gesetze und Verträge geschaffen haben, die sie vor dem nicht so komfortablen Knast in ihren Heimatländern bewahren!

#### **AUS DEM INHALT:**

- |   |        |
|---|--------|
| <input type="checkbox"/> Ist Pappenheim bald überall?           | S. 4-5 |
| <input type="checkbox"/> Eine Schulklasse ohne deutsche Schüler | S. 6-7 |
| <input type="checkbox"/> Deutsche Polizei in der Defensive      | S. 8-9 |

**Das offene Wort****Eine wirkliche Bombe – Der »stern« bricht ein Tabu!**

»Die vergrabene Bombe«: Unter dieser Überschrift schrieb Hans-Ulrich Jörges, Mitglied der Chefredaktion, im »stern« Nr. 32/2008 einen Beitrag, der das Schweigekartell durchbricht.

Hier einige Auszüge:

»Die ungelöste Integration von Zuwanderern ist das gefährlichste soziale Problem in Deutschland.

Zahlen beschreiben die Dramatik treffender als jedes Wort. (...)

Migranten in Deutschland: 15,3 Millionen; Anteil der Migrantenfamilien: 27 %; Migrantenquote bei Kindern bis zwei Jahre: 34 %; Migranten ohne Berufsabschluß: 44 %; Migranten im Alter zwischen 22 und 24 Jahren ohne Berufsabschluß: 54 %; türkische Migranten ohne Berufsabschluß: 72 %; erwerbslose Migranten: 29 %; einkommensschwache Migranten: 43,9 %; Migranten in Armut: 28,2 %; Migrantenkinder in Armut: 36,2 %; türkische Migrantenkinder mit Mißhandlungen und schweren Züchtigungen in den Familien: 44,5 %; Berliner Migrantenkinder mit Förderbedarf in deutscher Sprache: 54,4 %; Migrantenquote an der Eberhard-Klein-Schule, Berlin-Kreuzberg: 100 %; Migrantenanteil bei Jugendlichen mit über zehn Straftaten in Berlin: 79 %.

Zahlen werden beschwiegen und weggeschlossen.

Diese Daten sind nicht geheim. Aber sie sind auch nicht leicht zugänglich. Viele finden sich – hartes Brot der Statistik – im Jahresbericht von Maria Böhmer, der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung. Extrem schwierig ist es, an Daten über Ausländerkriminalität zu kommen. Es gilt noch immer als politisch inkorrekt und gefährlich, solche Zahlen an die Öffentlichkeit zu geben. Sie werden beschwiegen und weggeschlossen, die übrigen Daten still in Reserve gehalten.«

**Gesetze und Verträge zum Schaden des deutschen Volkes**

Am 7.7.2008 wurden die beiden Münchner U-Bahn-Schläger Serkan A. (21) und Spyridon L. (17), die ein bundesweites Entsetzen über ihr erbarmungs- und gnadenloses Zusammen-treten eines 76 Jahre alten Rentners am 20.12.2007 ausgelöst hatten, wegen versuchten Mordes zu zwölf bzw. achteinhalb Jahren Haft verurteilt.

**Richtig wäre es, wenn es mit den Herkunftsländern solcher Verbrecher Verträge gäbe, sie sofort abschieben zu können, um ihre Strafen dort abzusitzen.**

**Selbst wenn wir dafür einen Kostenbeitrag zahlen müßten, käme uns das billiger, und die Haft bei den dortigen Gefängnis-Zuständen wäre eine wirkliche Strafe.**

Unsere Gesetzgeber aber haben Verträge abgeschlossen, die selbst nach der Verbüßung der Strafe im vergleichsweise luxuriösen deutschem Knast eine Ausweisung fast unmöglich machen.

Im deutschen Aufenthaltsgesetz heißt es:

**Ein Ausländer ist automatisch auszuweisen, wenn er zu mehr als drei Jahren Haft verurteilt wurde.**

Doch das gilt nur, wenn z. B. ein arabischer oder asiatischer Tourist in Deutschland Straftaten begeht.

**EU-Bürger und Türken sind vor Ausweisung geschützt.**

Nach den EU-Verträgen, die uns unsere Regierenden eingebrockt haben, könnte ein EU-Bürger wie der Grieche Spyridon L. nach Verbüßung

der Strafe nur ausgewiesen werden, wenn dann gerichtlich festgestellt würde, daß er auch künftig »eine aktuelle Gefahr für die deutsche Gesellschaft« darstelle. Außerdem sei zu berücksichtigen, wie lange er schon in Deutschland lebt und welche Bindungen er an seinen Herkunftsstaat hat.

Und das gilt auch für Serkan A., der türkischer Staatsbürger ist. Denn die Türkei ist seit 1964 durch einen Vertrag mit der EU assoziiert. Auf der Rechtsgrundlage dieses Abkommens (Assoziierungsabkommen ARB 1/80) vereinbarten die Türkei und die EU im Jahr 1980, daß türkische Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen in EU-Staaten ähnliche Rechte haben wie die EU-Bürger.

**Wo leben wir eigentlich und welche Rechte haben wir Deutschen noch?**

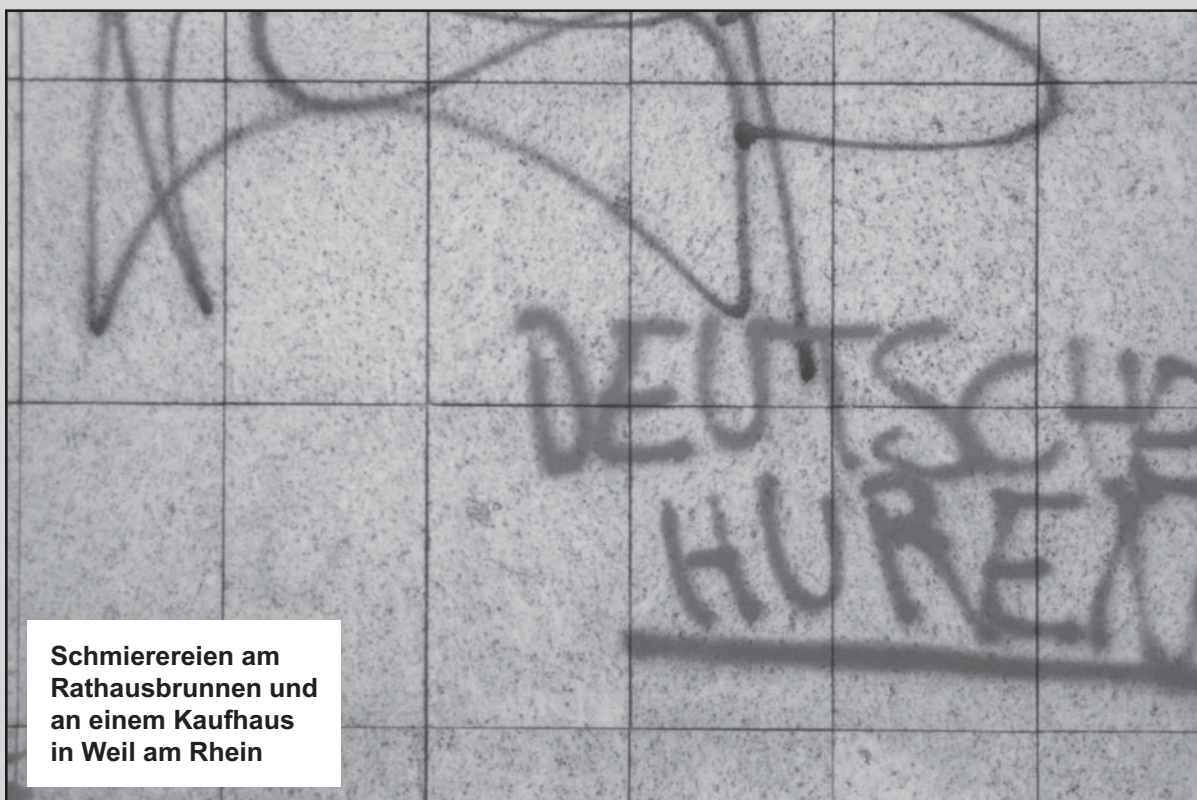
Serkan A. und Spyridon L. können also in Ruhe abwarten, wie die deutschen Gerichte später entscheiden, aber bindend wäre das sowieso nicht: Das letzte Wort hätte dann der Europäische Gerichtshof!

**ZUM THEMA:**

**»Die ungelöste Integration von Zuwanderern ist das soziale Problem in Deutschland. Vom Kindergarten über die Schule und die Berufsbildung bis zum Arbeitsmarkt – und Gefängnis.«**

»stern«, Heft 32/2008

# **Wie lange wollen wir uns das alles eigentlich noch bieten lassen?**



Schmierereien am Rathausbrunnen und an einem Kaufhaus in Weil am Rhein

# Ist Pappenheim bald überall?



**Als beschaulich-mittelalterliches Städtchen am Rande des Altmühltals stellt sich Pappenheim gern dar. Doch das sieht sogar der ehemalige SPD-Bürgermeister und derzeitiger Kreisrat Peter Krauß anders. »Meine Familie hat Angst«, bekannte er in der Vergangenheit mehrmals.**

**Im bayerischen Pappenheim haben radikale Islamisten ihr Quartier aufgeschlagen. Vielen Bürgern ist mulmig, doch die Behörden halten die Islamisten in der Provinzstadt für leichter kontrollierbar als in einer Großstadt.**

Mit Polizeipräsenz wurde auch in diesem Jahr in Pappenheim die katholische Palmsonntags-Prozession durchgeführt. Dies sollte gewährleisten, daß die Gläubigen ungestört vom katholischen Pfarrheim in die Kirche Mariä Himmelfahrt wandeln konnten. Vor zwei Jahren war der fromme Umzug von mehreren Muslimen gestört worden, die auf dem Parkplatz ihrer der Kirche gegenüberliegenden Moschee so laut krakeelten und islamische Musik im Autoradio spielten, daß die christlichen Gebete und Gesänge verstummen.

In diesem Jahr blieb es ruhig. Daß aber auch zwei Jahre nach solchen Zwischenfällen eine katholische Prozession in dem 2.400-Einwohner-Städtchen im Altmühltal unter Polizeischutz steht, ist ein Indiz dafür, wie oberflächlich und trügerisch die vermeintliche Ruhe in Wirklichkeit ist.

Nach wie vor sorgt unter den Einheimischen für Unbehagen, daß die Moschee in der Schützenstraße 1 nicht irgendein muslimisches Gebetshaus ist, sondern ein Zentrum der radikal-islamischen Tablighi Jamaat (TJ). Einer Organisation, die nach Einschätzung von Experten und Gerichten terroristische Aktivitäten zumindest befürwortet und Kontakte zum Netzwerk Al Quaida haben soll.

Laut dem bayerischen Verfassungsschutzbericht leben 150 der bundesweit 400 TJ-Anhänger in Bayern; München und Pappenheim seien die Zentren der Missionierungsbewegung. Tablighi Jamaat vertrete eine archaische Form des Islam mit dem Ziel, einen islamischen Staat zu schaffen. Die Organisation, so Innenminister Joachim Herrmann, nähere »den ideologischen Boden für gewaltbereiten Extremismus«.

Ausdrücklich beruft sich Herrmann in dieser Einschätzung auf ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Ansbach vom 15.1.2008. Die Richter hatten die Ausweisung der beiden 2005 abgeschobenen islamischen Haßprediger Izudin Jakupovic und Tamir Jucic für rechtens befunden. Sie hatten zeitweise in Pappenheim und zuletzt im nur wenige Kilometer entfernten Treuchtlingen gelebt.

Ihr Anwalt kündigte an, das Urteil anzufechten, das nicht nur für seine Mandanten brisant ist. Denn hält es den Berufungsinstanzen stand, werde die Ausweisung von TJ-Angehörigen künftig einfacher, sagen Juristen. Die bloße TJ-Mitgliedschaft könnte dann genügen. Das Verwaltungsgericht äußert die Überzeugung, daß Tablighi Jamaat den internationalen Terrorismus unterstützt und die Mitglieder »Gewalt nicht grundsätzlich ablehnen«. Es sei »gewollt und ein wichtiger Teil« der TJ-Arbeit, mit Predigten Muslime zum heiligen Krieg zu bewegen.

Vielen Pappenheimer Bürgern ist mulmig. »Eine gewisse Sorge ist berechtigt«, äußerte sogar Helmut Regler, der Integrationsbeauftragte der Stadt. In einer am

25.3.2008 im bayerischen Fernsehen ausgestrahlten Reportage hat er die Frage aufgeworfen, »ob die Leute tatsächlich nur zum Beten in die Moschee gehen«. Diese Skepsis ist in Pappenheim greifbarer denn je und sie nährt sich aus einer Fülle von Einzelheiten.

Der evangelische Dekan Wolfgang Popp wunderte sich über »Mädchen, die 15 Jahre lang in Jeans rumliefen, auf einmal verschleiert sind«. Oder über Eltern, die ihren bis dahin scheinbar frei und unbefangenen aufgewachsenen Töchtern plötzlich die Teilnahme am Sportunterricht verbieten. So hat sich eine Mischung aus Mißtrauen, Furcht und berechtigten Ängsten über das Städtchen gelegt.

Dem Problem Tablighi Jamaat stehen sie ratlos gegenüber. Der ehemalige SPD-Bürgermeister hat nach den Vorfällen 2006 sogar ans bayerische Innenministerium geschrieben und um Hilfe gebeten.

Die Antwort fiel dem Vernehmen nach nichtssagend aus. Kein Wunder: Die Sicherheitsbehörden halten ein TJ-Zentrum in einer kleinen Provinzstadt für leichter zu kontrollieren als in einer Großstadt.

Dabei ist es nicht so, daß die Pappenheimer selbst sich nicht bemühen würden. Die Stadt bietet Sprachkurse für Frauen und andere Hilfen zur Integration an. »Aber den harten Kern erreichen wir damit nicht, der blockt ab«,

klagte Helmuth Regler. Nachdem die Zwischenfälle damals großes Medienecho fanden, beantwortete der Vereinsvorsitzende Halil Demir die Bitten um ein Interview mit den Worten »Ich habe kein Interesse zu reden, ich sage gar nichts«

Ein öffentliches Gespräch zwischen dem Imam der Moschee, dem katholischen Pfarrer, dem evangelischen Dekan und dem Pappenheimer Bürgermeister Ende 2006 blieb ein einmaliges, ergebnisloses Ereignis.

Wie oberflächlich die Ruhe von Pappenheim ist, zeigt eine Aussage von Dekan Popp. Darin sinniert er: »Bei einer Mohammed-Karikatur im Gemeindebrief hätten wir Mord und Totschlag hier.«

## **Als »Scheiß-Deutscher« ist man seines Lebens nicht mehr sicher!**

Am gut 4,5 Autostunden von Pappenheim entfernten Moselufer zwischen Burg und Enkirch im Kreis Bernkastel-Kues wollten fünf befreundete Deutsche, zwei Frauen und drei Männer zwischen 30 und 50 Jahren, am 31.5.2008 gemeinsam einen netten Abend verbringen.

Statt dessen mußten sie die brutale Wirklichkeit der multikulturellen Gesellschaft am eigenen Leib erfahren.

Gegen 22.30 Uhr kamen drei junge ausländische Mitbürger zu ihnen und baten um eine Flasche Bier. Die Gesellschaft reagierte höflich und freundlich und gab sogar eine Runde aus. Das war den ungerufenen Gästen aber nicht genug, weshalb sie barsch noch mehr forderten, was die fünf dann aber ablehnten.

Mit unflätigen Ausdrücken zogen die ungebetenen Gäste daraufhin ab, kamen aber nach rund 15 Minuten mit Verstärkung zurück.

Ein halbes Dutzend Angreifer überfiel die arg- und wehrlosen

Deutschen ohne Vorwarnung mit abgebrochenen Weinstock-Pflöcken und beschimpfte die Grillgesellschaft als »Scheiß-Deutsche«.

Während die Frauen wegliefen, um Hilfe zu holen, wehrten sich die Männer, so gut es ging, wobei alle drei schwer verletzt wurden. Einem Winzer wurde der rechte Schulterknochen gebrochen, ein anderer erlitt einen Unterarmbruch. Der dritte wurde ins Uferwasser geworfen und gewaltsam unter Wasser getaucht, wobei er fast erstickt bzw. ertränkt wurde.

Danach flohen die Angreifer vor dem Eintreffen der herbeigerufenen Polizei, die aber nach Aussage eines der Opfer mit Hinweis auf die (offenbar bekannte) besondere Gefährlichkeit der Bande von einer sofortigen Verfolgung absah.

Man kann diesen Vorfall, über den die Wochenzeitung »Der Schlesier« am 15.8.2008 berichtete, kaum glauben und schon gar nicht verstehen, daß weder die großen

Zeitungen noch das Fernsehen darüber berichteten. Dazu »Der Schlesier«:

»Es kann eben nicht sein, was nicht sein darf, und die sogenannten ausländischen „Mitbürger“, auch wenn sie noch so kriminell sind, haben hierzulande eben absolute Narrenfreiheit! Nicht auszudenken jedoch wäre die Empörung, wenn der ethnische Hintergrund bei den Opfern und Tätern vertauscht wäre. Dann wären auch die etablierten Parteien schnell zur Stelle gewesen und jede Zeitung würde ausführlich darüber schreiben. So aber waren die Opfer eben „nur“ einfache Deutsche! Erst wenn sich ein nationaler Politikwechsel in Deutschland durchsetzen wird, kann mit sofortigem harten Durchgreifen gegen ausländische Schwerm kriminelle gerechnet werden.«

**Wie lange wollen wir uns das alles eigentlich noch bieten lassen?**

# Eine Schulklasse ohne deutsche Schüler – neu für die BILD-Zeitung, für uns ein alter Hut!



»In dieser Klasse gibt es kein deutsches Kind mehr«,

titelte BILD am 14.8.2008 zu diesem Foto. Die Klasse 1 e der Albrecht-Brinkmann-Grundschule in Dortmund bestehe aus 22 ABC-Schützen aus 14 Nationen, aber ohne ein deutsches Kind.

29,2 Prozent der Grundschüler in Deutschland hätten inzwischen Eltern, die nicht in Deutschland geboren wurden.

»In diesem Jahr haben wir von 130 Erstkläßlern nur sechs Kinder mit deutschen Eltern«, wird der Schulleiter Martin Nölkenbockhoff zitiert. Der Auslän-

deranteil in der Schule läge über 90 Prozent, aber eine Klasse, in der es kein deutsches Kind gibt, habe der erfahrene Pädagoge bislang noch nie erlebt. Auf die Frage nach Konflikten der Kulturen und Integrationsproblemen verneint er solche: »**Haben wir hier zum Glück nicht. Beschwerden kommen höchstens von Migrantenfamilien, die mich fragen, warum ihr Kind mit so vielen Ausländern in eine Klasse muß. Es sei doch hier, um Deutsch zu lernen.**« Sprachprobleme gäbe es auch nicht, dafür gäbe es schon im Kindergarten Deutschkurse, und ab der 4. Klasse kämen

Dozenten der Universität Dortmund, um die Kinder intensiv auf die nächste Schulstufe vorzubereiten. Die Lehrerin der Klasse 1 e, die einzige Deutsche in der Klasse, sieht auch keine Probleme: »Für uns ist das inzwischen Alltag, wir können damit umgehen.«

**Na prima, dann gibt es ja keine Probleme mehr!**

Auf die Folgen solcher Entwicklung für die Identität und Zukunft des deutschen Volkes geht BILD mit keinem Wort ein. Dabei stellte das Bundesverfassungsgericht schon in seiner Entscheidung vom 21.10.1987 bindend fest:

**»Aus dem Währungsgebot folgt insbesondere die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten.«**

Daß alle bisherigen Bundestagsparteien mitsamt ihrer wechselnden Regierungen mit ihrer Einwanderungspolitik dieses Gebot seit Jahrzehnten mißachten, ist für BILD kein Thema. Das würde wahrscheinlich den Horizont der normalverdurmmten BILD-Leser übersteigen, aber auch die Millionen-Subventionen gefährden, die der Springer-Konzern über die Anzeigenkampagnen der verfassungsrechtlich fragwürdig Handelnden einnimmt (»Die Bundesregierung informiert ...«).

**Kritik wird als »Ausländerhaß« kriminalisiert**

Ähnliche Klassenfotos mit keinem oder nur noch einem deutschen Schüler namens Michael veröffentlichten wir schon in den UN-Ausgaben 6/1995 und 1/1999, hier mit der Unterzeile »Tolle Aussichten für Michaels Schulbildung im Vaterland von Schiller und Goethe!«. Das führte zu zwei der 40 Anklagen, die wir zwischen 1995 und 2007 abwehren mußten. Im dann endlich erkämpften Freispruch des Strafprozesses hieß es dazu:

*»Sicherlich wird eine solche Anprangerung von Mißständen Reaktionen in den Leserkreisen der „Unabhängigen Nachrichten“ gegen Ausländer hervorrufen. Eine sachliche und wahre Tatsachendarstellung stellt aber keine Aufstachelung zum Haß dar. Allein das Zusammensuchen von Tatsachen, die geeignet sind Ausländerhaß zu schüren, verwirklicht den Tatbestand der Volksverhetzung nicht, auch wenn dies im Ergebnis zu vermehrtem Ausländerhaß führen kann. Ein Angriff auf die Menschenwürde der Ausländer liegt ebenfalls nicht vor. Die Persönlichkeitskerne der Ausländer und ihr Menschsein werden nicht angetastet.«*

*Die Güterabwägung zwischen dem Schutzgut des inneren Friedens und der Meinungsfreiheit ergibt ein Überwiegen der Meinungsfreiheit. Denn die in den „Unabhängigen Nachrichten“ genannten Tatsachen über den hohen Ausländeranteil an manchen Schulen sind wahr. Das mit einem hohen Ausländeranteil Absinken der Bildung der Schüler ist durch die Pisa-Studie festgestellt und daher ebenfalls wahr. Die Darstellung ist eine durch die Meinungsfreiheit gedeckte Äußerung, die der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts entspricht.« (LG Mainz 3255 Js 20453/94.6 Ds)*

**Nur die Parteien sind schuld, nicht aber die Ausländer!**

Kein vernünftiger Mensch wird gegen diese netten Kinder Haß empfinden oder gar dazu aufstacheln. Schuld an diesen Zuständen in Deutschland sind einzig und alleine die Politiker und Parteien, die aufzufordern sind, im ersten Schritt wenigstens die bis zu zwei Millionen hier illegal lebenden und die Masse der nicht für ihren Lebensunterhalt aufkommenden Ausländer nach geltendem Recht und Gesetz abzuschieben bzw. auszuweisen. Das Ausländergesetz vom 30.7.2004 gibt jedem gutwilligen, dem Wohl des deutschen Volkes verpflichteten Beamten dafür eine klare und eindeutige Rechtsgrundlage (siehe Gesetzestext im Kasten).

**Die Gesetzeslage ist klar – nur die von unserem Steuergeld finanzierten Bundestagsparteien und die von ihnen beherrschten Verwaltungsbehörden halten sich nicht daran.**

**Wir können nur unsere seit Jahrzehnten verbreitete Forderung wiederholen, bis auch die Millionen BILD-Leser es endlich begreifen werden:**

**»Tauschen wir die Politiker aus, bevor sie das deutsche Volk austauschen!«**

## **Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet**

**(Aufenthaltsgesetz – AufenthG)**

**vom 30. Juli 2004 (BGBl. I S. 1950)**

**(Auszug)**

### **§ 55 Ermessensausweisung**

(1) Ein Ausländer kann ausgewiesen werden, wenn sein Aufenthalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik beeinträchtigt.

(2) Ein Ausländer kann nach Absatz 1 insbesondere ausgewiesen werden, wenn er (nach Sätzen 1. bis 5.) bestimmte Straftaten begeht oder die öffentliche Gesundheit gefährdet oder

6. für sich, seine Familienangehörigen oder für sonstige Haushaltsangehörige Sozialhilfe in Anspruch nimmt.

## Bericht der Gewerkschaft der Polizei:

# Deutsche Polizei in der Defensive – Wie das Multikulti-Vorzeigevierviertel Duisburg-Marxloh kippt

Allen Moschee-Gegnern wird immer wieder gerne das ach so friedliche und ach so tolerante »Miteinander der Kulturen« im Duisburger Stadtteil Marxloh vorgehalten, wo derzeit die größte Moschee Deutschlands entsteht, die nur von der in Planung befindlichen Kölner Großmoschee noch an Protzigkeit überboten werden würde. Doch die ach so tolle Multikulti-Harmonie im Vorzeige-Viertel Marxloh scheint nur in der Vorstellung einiger Journalisten und Politiker zu existieren.

**In Wirklichkeit kippt ein ganzer Stadtteil, wird zum explosiven ethnischen Ghetto.**

Die Mai-Broschüre der Gewerkschaft der Polizei spricht hierbei Bände. Duisburg-Marxloh, das uns gerne als Hort der Glückseligkeit und des erfolgreichen Miteinanders der Kulturen präsentiert wird, ist ein Ort des Schreckens für Polizeibeamte und deutsche »Ureinwohner«. Sie werden beleidigt, angepöbelt, überfallen und verletzt, von ignoranten Politikern und bornierten Gutmenschen zum Abschuß freigegeben.

Wörtlich heißt es in dem Gewerkschaftsorgan:

**»Immer wieder die Pollmann-Kreuzung. Jugendliche rotten sich zusammen, laufen über die Straßenbahnschienen hin und her, liefern sich Schaukämpfe, der Verkehr stockt. Wolfgang Pawtowski und Inga Herder sind mit ihrem Streifenwagen da und versuchen das Spiel zu beenden. Als**



**auch noch die Straßenbahn ausgebremst wird, greifen sie ein und halten einen Rädelführer an der Jacke fest, um die Personalien aufzunehmen. Wenig später sind sie umringt und schaffen es nicht mehr, in ihren Wagen zu kommen, der nur zwei Meter entfernt steht. Inga Herder: „Fahrgäste in der Straßenbahn, die nicht mehr weiterkam, riefen die Polizei an: Ob wir eigentlich wüßten, daß hier gerade zwei Polizisten verprügelt werden“. (...)**

Der Zwischenfall, der sich dort im Januar 2008 abspielt, ist kein Einzelfall: Im Mai vergangenen Jahres werden zwei libanesischen Jugendliche aus einem Telefonladen hinausgeworfen, der zwei türkischen Brüdern gehört. Schnell telefonieren beide Seiten ihre Anhänger zusammen. Wenig später gehen 150 Beteiligte mit Messern und Baseballschlägern

aufeinander los. In einem dreistündigen Einsatz haben 100 Polizeikräfte alle Hände voll zu tun, die Lage zu bereinigen. Nicht wenige von ihnen werden durch Tritte und Schläge verletzt.«

Kaum eine Fernsehreportage, die Marxloh nicht als Musterbeispiel für gelungene Integration und multikulturelles Zusammenleben preist.

**»Schön wär's. Seit fast zwanzig Jahren mache ich hier Dienst, kenne Marxloh und die Menschen wie meine Westentasche. Was sich seit drei, vier Jahren hier entwickelt, ist eine tickende Zeitbombe.«** so einer der in Duisburg-Marxloh diensttuenden

Polizeibeamten.

»Pisser, Penner, Scheißbulle« sind die geläufigsten Schimpfwörter, die neuerdings hinter ihnen hergerufen werden, wenn sie durchs Viertel gehen. Es sind Kinder, Jugendliche und Heranwachsende. Aus einer Gruppe heraus die Polizei zu beleidigen und alles abzustreiten, wenn sie angesprochen werden, ist ein beliebter Sport. Ein Sport, der in anderen Ländern mit anderen Polizeien ein unkalkulierbares Verletzungsrisiko bergen würde.

»Die Hemmschwelle für Respektlosigkeiten und Gewalttätigkeiten sinkt ständig. Hatten wir es vor fünf Jahren noch viel mit Diebstählen zu tun, ist es jetzt Raub unter Vorhalt des Messers«, so der Beamte weiter.

Ende Dezember 2007 wohnten in diesem Viertel 18.000 Einwohner. Der Anteil der Bewohner ohne

deutschen Paß bewegt sich um die 33 Prozent, davon 4.000 Einwohner türkischer/kurdischer Nationalität. Insgesamt wird der Anteil der Bevölkerung mit »Migrationshintergrund« auf 60 Prozent geschätzt. Bei den wenigen Einwohnern deutscher Herkunft handelt es sich, so die Beamten, »meist um Alte, die hier nicht mehr weg wollen oder können – oder es

*kommen ganz junge deutsche Familien auf der Leiter des sozialen Abstiegs hier unten an.«*

Türkische und libanesische Jugendliche beanspruchen den Stadtteil für sich. Auch gegenüber den Vertretern der staatlichen Ordnung:

**»Macht daß ihr wegkommt, das ist unsere Stadt!«**

bekommen die einschreitenden Beamten meist zu hören. Ein weiterer Polizist ergänzt: »So zivil, wie die Polizei hier mit Bürgern umgeht, kennen viele das aus ih-



*ren Heimatländern nicht. Daß wir nicht aus kleinstem Anlaß mit aller Härte einschreiten, halten sie für Schwäche.«*

Während die Revierkämpfe der Jugendlichen auf offener Straße ausgetragen werden, klären die Älteren die Frage, wer im Viertel das Sagen und die Einnahmen hat, eher hinter den Kulissen. Im großen Stil, so heißt es, würden ganze Straßenzüge aufgrund der in den Keller gepurzelten Immobilienpreis für winziges Geld aufgekauft, »Landsleute« zu horrenden Mieten in Wohnhäusern untergebracht, in die aber kein Cent investiert wird.

Gespräche der Polizei mit den Bewohnern machten deutlich, wie wenig auskunftstark die Kriminalstatistik ist, die in Diskussionen über Auseinandersetzungen mit ethnischen Gruppen immer wieder für den Beleg herhalten muß »daß doch alles übertrieben« wird.

Anwohner klagen über Belästigungen im täglichen Leben, die nicht selten

den Bereich der Strafbarkeit erreichen und selten oder gar nicht zur Anzeige gebracht werden. Dazu gehören Rempeln, Anspucken, Weg versperren, Ruhestörung und ein allgemein lautes und aggressives Auftreten. Mit dem demonstrativen Griff an den Schritt werden Frauen und Mädchen unverhohlen angestarrt, nicht-muslimischen Mädchen »Hure« und »Fick Dich« hinterhergerufen.

In den Ghettos ist die Brutalität etabliert: Ständig derbe Beleidigungen, Demütigungen und physische Gewalt.

## **Anstieg der »Bevölkerung mit Migrationshintergrund«**

Zwischen 2005 und 2006 hat die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland um 130.000 Personen auf 15,1 Millionen zugenommen. Da im gleichen Zeitraum die Bevölkerung insgesamt um knapp 100.000 Personen zurückgegangen ist (von 82,5 auf 82,4 Millionen), hat sich die Zahl der Personen ohne Migrationshintergrund um 227.000 Personen verringert (von 67,4 auf 67,2 Millionen), und der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist von 18,2 auf 18,4% angestiegen.

Ausländer machen 2006 mit 7,3 Millionen oder 8,9% der Bevöl-

kerung nur etwas weniger als die Hälfte aller Personen mit Migrationshintergrund aus, die [Neu-] Deutschen mit 7,9 Millionen oder 9,5% der Bevölkerung etwas mehr als die Hälfte. Gegenüber 2005 ist die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer um 21.000 zurückgegangen, die der Deutschen mit Migrationshintergrund hat um 151.000 zugenommen.

Die Zahl der hier geborenen [Neu-]Deutschen mit Migrationshintergrund hat sich gegenüber dem Vorjahr um 132.000 auf 3,0 Millionen erhöht. Sie stellen jetzt 3,6% der Bevölkerung. Dieser Anstieg ist die ausschließliche

Ursache für die Zunahme der Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt.

Personen mit Migrationshintergrund sind im Durchschnitt deutlich jünger als jene ohne Migrationshintergrund (33,8 gegenüber 44,6 Jahre), weitaus häufiger ledig (45,3% gegenüber 38,1%) und der Anteil der Männer unter ihnen ist höher (50,8% gegenüber 48,5%). Bei den unter 5-jährigen stellen Personen mit Migrationshintergrund ein Drittel dieser Bevölkerungsgruppe.

*Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 11.3.2008 (Auszüge)*

**KOPIEREN, NACHBESTELLEN, WEITERGEBEN!**

# »Bürger, auf die Barrikaden!«

Mit diesem Aufruf in der FAZ vom 19.11.2002 (siehe UN 12/02) wollte Prof. Dr. Arnulf Baring nicht zu Tötlichkeiten und Gewalt aufrufen, sondern zur Abwahl des verkrusteten Parteiensystems, wenn dies die Lebensfragen der Nation nicht bewältigen könne. Immer mehr unabhängige Bürger finden sich zu solchem Protest und Widerstand gegen die etablierten Parteien zusammen, so auch die Initiatoren des »Manifest der Deutschen 2008«. Ein Faltblatt in hoher Auflage mit möglichst vielen Unterschriften ist in Vorbereitung. UN-Leser, die sich als Mitunterzeichner anschließen wollen, senden bitte eine Kopie dieser Seite mit ihrer Unterschrift zurück an UN, Postfach 400215, 44736 Bochum.

**Wir sind das Volk! (Motto der friedlichen Revolution 1989)**

## Manifest der Deutschen 2008

**Unser Land droht zum Spielball fremder Mächte zu werden;  
es ist zunehmender Überfremdung ausgesetzt.**

**Unser Volk ist in seinem Bestand und in seiner Identität bedroht;  
seine Sprache und seine Kultur sind gefährdet.**

**Der soziale Frieden in unserem Land ist in zunehmendem Maße gestört.**

**Wir fordern** die uneingeschränkte Bewahrung der im Grundgesetz (GG) festgelegten Grundrechte, die jedem Bürger ein Leben in Würde gestatten.

**Wir fordern** die Rückbesinnung auf die Wertordnung des Grundgesetzes, das nicht von einer beliebigen Gesellschaft, sondern vom Deutschen Volk ausgeht (Präambel des GG).

**Wir fordern** die Rückkehr zum Staatsbürgerschaftsrecht, dem die Abstammung des einzelnen (ius sanguinis) – und nicht der Ort seiner Geburt (ius soli) – zugrunde liegt.

**Wir fordern** die unverfälschte Darstellung der Geschichte unseres Volkes und ein klares Bekenntnis zu dieser Geschichte.

**Wir fordern** eine gerechte Beurteilung unserer Väter- und Großvätergeneration.

**Wir fordern** eine Politik, die unsere Identität als Volk in Sprache und Kultur bewahrt.

**Wir fordern** die Achtung und Förderung von Ehe und Familie (im Sinne des Art. 6 GG) und die Bewahrung der Lebensfähigkeit unseres Volkes.

**Wir fordern** die Bewahrung des Rechtsstaates und der Meinungsfreiheit.

**Wir fordern** eine Politik, die sich wieder darauf besinnt, daß alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht und in Wahlen und Volksabstimmungen ausgeübt wird (GG Art. 20).

**Wir fordern** die Erfüllung des Art. 146 GG: eine Verfassung, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen wird.

**Wir fordern** die Sicherung des sozialen Friedens in unserem Land durch eine Politik der Sozialen Marktwirtschaft, die allein dem Gemeinwohl dient.

**Wir fordern** den Einsatz der Streitkräfte unseres Landes ausschließlich im Verteidigungsfall und die Ächtung von Angriffskriegen.

**Wir fordern** die politische Eigenständigkeit unseres Landes in einem Europa der Vaterländer.

*Prof. Dr. Wilhelm Lutz, 65760 Eschborn, Schwarzdornweg 4 (V.i.S.d.P.) und Erstunterzeichner  
Martin Hohmann, Dr. Hartmut Kluge, Ulla Lang, Gigi Romeiser, Gerda Wittuhn, Alfred Zips*

**Mitunterzeichner:**

**ALLER ANFANG IST DEINE TAT!**

# Wer hat Angst vorm Schwarzen Mann?

**Wer? Die Demokratiewächter! Ein Schwarzer Mann gefährdet die Demokratie, die freiheitlich-demokratische Grundordnung und überhaupt den Bestand und die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Bürger!**

Wenn Sie glauben, das wäre eine Glosse, haben Sie sich geirrt.

Das Landesverwaltungsamt in Sachsen-Anhalt hat im April 2008 einem fachlich unbescholtenen Bezirkschornsteinfeger aus Laucha seinen Kehrbezirk entzogen, weil er als »führender Rechtsextremist« gelte und »für die NPD im Kreistag sitzt.« Er soll wiederholt an Veranstaltungen teilgenommen haben, bei denen an die Mörder Walter Rathenaus, des Außenministers der Weimarer Republik, erinnert wurde. Diese Aktivitäten stellten die Glaubwürdigkeit einer rechtsstaatlich handelnden öffentlichen Verwaltung in Frage.

## Trotz NPD-Mitgliedschaft

HALLE - Ein Anhänger der rechtsextremen NPD in Sachsen-Anhalt darf vorerst weiter als Bezirksschornsteinfeger arbeiten. Das Landesverwaltungsamt darf ihm seinen Kehrbezirk nach einer Eilentscheidung des Verwaltungsgerichts Halle vorerst nicht entziehen.

»Nürnberger Zeitung«, 29.7.2008

Die Landesregierung hatte das Vorgehen der Behörde ausdrücklich unterstützt. Der Schornsteinfeger habe vom Staat für den Bezirk ein Monopol bekommen und könne sich in seiner Funktion bei jedem Bürger Zugang verschaffen. Die Behörde und das Landwirtschaftsministerium erklärten, das Schornsteinfegergesetz stelle auf die »persönliche und fachliche Zuverlässigkeit« des Betreffenden ab und mache damit deutlich, daß nicht nur fachliche Gesichtspunkte für diese Berufung gelten würden.

Erst auf eine Klage des Schwarzen Mannes entschied das Verwaltungsgericht Halle im Juli vorab, bis zu einem Urteil in der Hauptsache wirke der Entzug des Postens aufschiebend. Der Kläger habe seine beruflichen Aufgaben bisher ordnungsgemäß erfüllt, seine politische Gesinnung wirke sich augenscheinlich nicht auf seinen Beruf auf.

**Hätten wir einen Rechtsstaat, wie der normal denkende Bürger ihn sich vorstellt, ständen nicht der Schornsteinfeger, sondern die Beamten der Behörde und des Ministeriums vor Gericht, weil sie in ihrem Vorgehen wissentlich und willentlich gegen das Grundrecht des Artikel 3 GG verstoßen haben: »Niemand darf wegen (...) seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.«**

## Liebe Leser, ganz privat:

»Wie lange sollen wir uns das alles noch bieten lassen?«

Wie so oft saßen wir einige Feierabende und Nächte brütend zusammen, um die August-Ausgabe der UN (wie immer verspätet und in Zeitdruck, weil ohne hauptberufliche »Profis«) so aufrüttelnd wie möglich unter dem Motto dieser uns viel gestellten Frage zusammenzustellen.

Selbst wenn man täglich alle die irren Dinge liest und verfolgt, was in unserem Lande und mit unserem Volk geschieht, ist man doch immer wieder von neuem beeindruckt und erschüttert, was sich dieses Volk von seinen herrschenden Politikern und Parteien gefallen läßt.

Zwar können wir an entsprechenden Beispielen immer nur einen kleinen Teil dieser verantwortungslosen und volksfeindlichen Politik aufgreifen, aber wir stellen uns oft die Frage, was passieren würde, wenn wir nicht nur 15 bis 20.000 UN-Bezieher und Mitarbeiter, sondern einige hunderttausend normalverdummte Normalverbraucher und Wähler erreichen könnten, um ihnen die Augen zu öffnen, welche Volksvertreter sie da seit Jahrzehnten wählen.

Allen, die uns mithelfen, dieses Ziel zu erreichen, sagen wir hiermit unseren Dank!

*Ihre UN-Mitarbeiter*

## ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten  
Postfach 101706  
D-46017 Oberhausen  
Telefon: 0208 - 84 01 32  
Telefax: 0208 - 84 87 057  
E-Post: [info@un-nachrichten.de](mailto:info@un-nachrichten.de)

### Internet:

<http://www.un-nachrichten.de>  
<http://www.un-archiv.de>

### Impressum:

Herausgeber:  
Freundeskreise Unabhängige Nachrichten e.V.  
Alstadener Str. 49 • 46049 Oberhausen

Schriftleitung:  
Annette Kruse (verantw.) und wechselnde  
Mitarbeiter und Einsender

Kein gewerbliches Unternehmen.

Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto.

### Nachdruck erlaubt und erwünscht.

Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Oberhausen

**Aktuelle Wirtschaftsdaten****Erwerbstätige:**

Mai 2008: 40,233 Millionen <sup>1)</sup>  
 Juni 2008: 40,321 Millionen <sup>1)</sup>

**soz.-versich.-pfl. Beschäftigte:**

April 2008: 27,326 Millionen <sup>1)</sup>  
 Mai 2008: 27,423 Millionen <sup>1)</sup>

**Offizielle Arbeitslosigkeit:**

Juni 2008: 3.159.811 <sup>1)</sup>  
 Juli 2008: 3.210.045 <sup>1)</sup>

**Versteckte Arbeitslosigkeit:**

Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik

März 2008: 1.498.205 <sup>1)</sup>  
 April 2008: 1.560.343 <sup>1)</sup>

**Offene Stellen:**

Juni 2008: 596.269 <sup>1)</sup>  
 Juli 2008: 588.420 <sup>1)</sup>

**Staatsverschuldung:**

1.511.693.770.820 <sup>2)</sup>

**Schuldenzuwachs pro Sekunde:**

474 Euro <sup>2)</sup>

**Schulden pro Kopf:**

18.7.2008: 18.349 <sup>2)</sup>  
 19.8.2008: 18.365 <sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Bundesagentur für Arbeit, 19.8.2008

<sup>2)</sup> Bund der Steuerzahler, 19.8.2008

# Höchste Teuerung im Großhandel seit 1981

27 Jahre ist es her, daß die Preise im Großhandel das letzte Mal so stark gestiegen sind wie im vergangenen Juli. 9,9 Prozent mehr kostete Großhandelsware im Vorjahresvergleich.

In der Regel ist es bei solchen Zahlen nur eine Frage der Zeit,

bis auch im Einzelhandel die Preise steigen, denn die gestiegenen Kosten werden vom Handel zumindest teilweise an die Kunden weitergereicht.

**Ein Rezept gegen den Frust beim Einkauf** (nach dem Motto: »Ich tanke immer nur für 20 Euro«):



Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

## FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).

Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.

Ich bitte um Zusendung von \_\_\_\_\_ Ex. der UN-Ausgabe Nr. \_\_\_\_\_ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).

Einen Kostenbeitrag in Höhe von \_\_\_\_\_ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - kann ich zur Zeit nicht leisten.

Name/Anschrift: \_\_\_\_\_

Geb.am/Beruf: \_\_\_\_\_ Telefon: \_\_\_\_\_

Ihre UN-Anschriftennummer, falls bekannt: \_\_\_\_\_

(Falls Sie von uns schon Sendungen mit aufgedruckter Adresse bekommen haben, finden Sie die Nummer direkt über der Anrede Herr/Frau)

## EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Hiermit ermächtige ich den Freundeskreis UN, von meinem Konto folgende Beträge abzubuchen:

monatlich  vierteljährlich

halbjährlich  jährlich

einmalig ab: \_\_\_\_\_

Betrag: \_\_\_\_\_ Euro

Meine Bank/Sparkasse: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_

Anschrift/Unterschrift: \_\_\_\_\_

UN-Adreßnr.: \_\_\_\_\_